

Kleine Anfrage

Zuspitzung des Fachkräftemangels in der psychiatrischen Grundversorgung in Liechtenstein

Frage von Landtagsabgeordneter Johannes Kaiser

Antwort von Regierungsrat Mauro Pedrazzini

Frage vom 28. Februar 2018

In der Grundversorgung im Bereich der medizinischen Gebiete der Psychiatrie, insbesondere in der Alters- und Gerontopsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Forensische Psychiatrie, Suchtmedizin und so weiter, ist für die nächsten Jahre grösster Handlungsbedarf gegeben, wie Dr. Marc Risch auf Anfrage einer Tageszeitung im Januar 2018 ausführte. Bedenklich stimmt dabei das Zukunftsszenario, dass bei der Rekrutierung von jüngeren liechtensteinischen Fachkräften für die Patientenversorgung im Land die Aussichten eher düster aussehen. Für die Zukunft sei es immens wichtig, dass strukturelle Verbesserungen in der psychiatrischen Grundversorgung zielgerichtet und zeitnah angegangen werden. Ein zusehend zunehmendes Thema ist zudem aufgrund der demografischen Entwicklung die Grundversorgung der älteren Menschen in Liechtenstein, insbesondere im Bereich von Demenzerkrankungen, welche dem Fachgebiet Psychiatrie zuzurechnen sind. Ende letzten Jahres erhielten vier Psychiater im Land die OKP-Zulassung. Doch damit sind die sichtbaren Zukunftsprobleme nicht gelöst. Meine Fragen an die Regierung sind:

- * Die Grundsatzfrage ist: Wie implementiert die Regierung ein patientenzentriertes und weniger institutionszentriertes und - getriebenes Gesundheitssystem?
- * Wie entgegnet die Regierung dem bereits vorhandenen und sich in Zukunft massiv zuspitzenden Fachkräftemangel in den diversen Bereichen der Psychiatrie: Alters- und Demenzpsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Forensische Psychiatrie, Sozialpsychiatrie und Suchtmedizin?
- * Dass liechtensteinische Medizinstudenten, die in Österreich, Deutschland oder in der Schweiz ausgebildet werden, nach Liechtenstein zurückkehren, ist immer weniger der Fall. Was sind die Ursachen, weshalb Liechtenstein als Gesundheitsstandort für liechtensteinische Fachkräfte nicht mehr attraktiv ist?
- * Was völlig fehlt, ist betreffend sozialpsychiatrisch komplexe Fragestellungen ein Ambulatorium für Sozialpsychiatrie. Ist die Regierung willens, ein solches zeitnah als Zielsetzung aufzunehmen und zu implementieren?

Antwort vom 02. März 2018

Zu Frage 1:

In Liechtenstein ist nicht ein staatlich betriebenes bzw. institutionalisiertes Gesundheitssystem umgesetzt. Die Regierung ist gerade auch im angesprochenen Bereich auf die adäquate Umsetzung der Bedarfsplanung durch die Tarifpartner Liechtensteinischer Krankenkassenverband einerseits und Liechtensteinische Ärztekammer bzw. dem Berufsverband der Psychologinnen und Psychologen Liechtensteins andererseits angewiesen. Die Regierung geht davon aus, dass durch die in der Einleitung der Kleinen Anfrage genannte Schaffung von vier zusätzlichen Stellen im Bereich der Psychiatrie einem patientenzentrierten Gesundheitssystem Rechnung getragen wurde.

Zu Frage 2:

Dazu kann auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen werden. Bisher konnten alle im Bereich der Bedarfsplanung im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie ausgeschriebenen Stellen besetzt werden. Fachkräfte in speziellen Bereichen, beispielsweise der Alterspsychiatrie, sind jedoch schwer zu finden.

Zu Frage 3:

Die in der Fragestellung aufgestellte Behauptung, dass der Gesundheitsstandort für liechtensteinische Fachkräfte nicht mehr attraktiv sei, kann die Regierung nicht bestätigen. In den letzten Jahren wurden einige OKP-Verträge an junge Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner vergeben. Zudem ist, wie Pressemitteilungen der letzten Wochen zeigen, die steuerliche Situation in Liechtenstein überaus attraktiv. Die Bedarfsplanung im ärztlichen Bereich wird hingegen vielfach kritisiert, weil sie den Zugang zu den Krankenkassen beschränkt. Die Bedarfsplanung wurde jedoch vom Gesetzgeber im Interesse der Kontrolle über das Wachstum der Gesundheitskosten eingerichtet und ist nach Ansicht der Regierung auch weiterhin nötig.

Zu Frage 4:

Eine ambulante sozialpsychiatrische Versorgung für unsere Einwohnerinnen und Einwohner ist sowohl im Inland und durch entsprechende Verträge auch im Ausland verfügbar. Das Angebot umfasst dabei neben den ambulanten Behandlungen bei niedergelassenen Psychiatern oder Psychotherapeuten auch ambulante Tageskliniken und ambulante Tagesstrukturen. Ende Januar sind die Ärztekammer und der Berufsverband der Psychologinnen und Psychologen vom Amt für Gesundheit angefragt worden, gemeinsam mit ihm sowie dem Amt für Soziale Dienste insbesondere für die Erstellung eines Psychiatriekonzeptes sowie für weitere Fragestellungen die Probleme aufzuzeigen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die Regierung wartet im Sinne eines patientenzentrierten Gesundheitssystems die Ergebnisse dieser Gespräche ab, bevor weitere Institutionen implementiert werden.